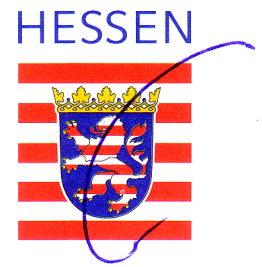


7 3. AUG. 2008



Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und
Landesentwicklung . Kaiser-Friedrich-Ring 75 . 65185 Wiesbaden

Herrn
Thomas Gans
Geschäftsführer
Verband der Textil- und Bekleidungsindustrie Hessen, Rheinland-Pfalz
und Saarland e. V.
Friedrich-Ebert-Straße 11 - 13
67433 Neustadt an der Weinstraße

Wiesbaden, 12.08.2008

Sehr geehrter Herr Gans,

in den vergangenen Tagen und Wochen erreichten mich zahlreiche Briefe und Emails von Unternehmen und Verbänden, die vor einer Erhöhung der LKW-Maut warnen und darum baten, dass Hessen im Bundesrat der Mauthöheverordnung nicht zustimmt.

Ich kann Ihnen heute mitteilen, dass die Hessische Landesregierung diese vom Bundesverkehrsministerium beabsichtigte Mauterhöhung ablehnt. Die Speditions- und Transportunternehmen sind nicht nur durch die jetzige Höhe der Maut bereits stark belastet, sondern in besonderem Maße auch durch den drastischen Anstieg der Kraftstoffpreise in den vergangenen Monaten. Ein staatlich verursachter zusätzlicher Kostenschub wäre die völlig falsche Antwort der Politik auf den Dieselpreisschock, weil so weitere Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste riskiert würden.

Zwar unterstütze ich die Absicht der Bundesregierung, die zusätzliche Gelder für Bundesfernstraßen bereitstellen will. Allerdings kann und muss dieses Ziel ohne neue Belastungen von Speditions- und Transportunternehmen erreicht werden. Dazu werde ich am morgigen Mittwoch in Berlin eine Bundesratsinitiative des Landes Hessen vorstellen, die dafür sorgen soll, dass künftig mehr Gelder für Autobahnen und Bundesstraßen zur Verfügung stehen.

Die Hessische Landesregierung wird zwei Forderungen in den Bundesrat einbringen:

Erstens: Wir wollen eine vollständige Zweckbindung der LKW-Mauteinnahmen für Erhaltungsprojekte von Autobahnen und Bundesstraßen. Nur so kann die Substanz der Straßen durch eine verstetigte Finanzierung erhalten werden.

Zweitens: Für Neubauprojekte sollen im Bundeshaushalt mehr Gelder bereit gestellt werden. Wir fordern eine Verdopplung des jährlichen Neubauetats für Autobahnen und Bundesstraßen von 2 auf 4 Milliarden Euro, um den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans wenigstens annähernd zu finanzieren.

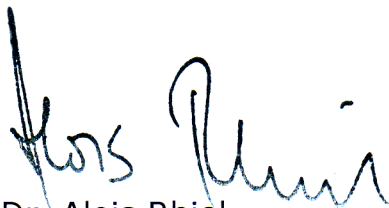
So stünden insgesamt für Neubau und Erhalt von Bundesfernstraßen rund 6,6 Milliarden pro Jahr zur Verfügung. Das ist die Größenordnung, die von Fachverbänden schon lange zu Recht gefordert wird.

Ich würde mich freuen, wenn Sie unseren Vorschlag unterstützen könnten.

Es ist unstrittig, dass der Staat mehr in Bundesfernstraßen investieren muss, um den heutigen Mobilitätsbedarf von Bürgern und Unternehmen zu sichern und um für kommende Generationen von Verkehrsteilnehmern und Steuerzahlern das Verkehrsinfrastrukturvermögen zu bewahren.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür eintreten, Autobahnen und Bundesstraßen dauerhaft zu erhalten und bedarfsgerecht auszubauen und so den Wirtschaftsstandort Deutschland – die Verkehrsdrehscheibe im größer gewordenen Europa – weiter zu stärken.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Alois Rhiel', written in a cursive style.

Dr. Alois Rhiel